

Quelle DER TAGESSPIEGEL vom 23. 06. 2009
Seite 008
Ressort BERLIN
Rubrik BERLIN

NACHRICHTEN

Charité-Ärzte fordern
zehn Prozent mehr Gehalt

Die Charité hat nicht nur mit dem Finanzsenator zu kämpfen, der beantragte Gelder für Sanierungen und Investitionen nicht genehmigen will. Die Universitätsklinik verhandelt nun auch mit der Ärztegewerkschaft Marburger Bund, die rund zehn Prozent mehr Gehalt für die 2200 Klinikärzte fordert. Derzeit verdient ein Mediziner im sechsten Berufsjahr rund 4400 Euro brutto im Monat. Das sind 400 Euro weniger als beim ebenfalls öffentlichen Klinikkonzern Vivantes. Beim Marburger Bund rechnet man nicht vor der Sommerpause mit einem Ende der Tarifverhandlungen. Die Charité wollte die Forderungen nicht kommentieren. Das letzte Mal hatten die Ärzte 2006 mehr Geld erstritten, die Erhöhung kostete die Charité acht Millionen Euro im Jahr. Die Uniklinik strebt eigenen Angaben zufolge 2011 einen ausgeglichenen Haushalt an, 2008 hatte sie mehr als 50 Millionen Euro

Verlust gemacht.hah
Wieder Taxi-Protest
in Schönefeld und Tegel

Protestaktionen von Taxifahrern haben am Montag zeitweise den Autoverkehr von und zu den Flughäfen Tegel und Schönefeld behindert. Zu langen Wartezeiten für Fahrgäste sei es aber nicht gekommen, hieß es beim Flughafen. Die Taxifahrer protestierten damit erneut gegen die Gebühr in Höhe von 50 Cent, die vom 1. Juli an für Fahrten in die Stadt erhoben wird. Fahrer, die sich weigerten, Kunden mitzunehmen, erhielten eine Anzeige. Für Mittwoch hat der Verband Taxi Deutschland zu einer Demonstrationsfahrt zum Roten Rathaus aufgerufen. Beginn ist um 11 Uhr am Olympiastadion und am Flughafen Schönefeld. kt

Senat entscheidet im Spätsommer
über Zukunft der Kleingärten

Die Zukunft mehrerer Kleingartenanlagen bleibt ungeklärt. Der Senat will den

neuen Kleingartenentwicklungsplan nach der Sommerpause vorlegen. Derzeit werde er mit den Bezirken abgestimmt, teilte Staatssekretärin Maria Krautzberger von der Stadtentwicklungsverwaltung am Montag mit. 90 Prozent der Anlagen seien bereits dauerhaft oder zumindest bis 2020 gesichert. Umstritten ist, ob Gärten aufgegeben werden, um Wohnungen zu bauen. Die CDU und die Grünen sehen dafür keinen Bedarf. Ein Antrag der CDU, alle Kleingärten zumindest bis 2020 unter Schutz zu stellen, lehnten am Montag die Koalitionsparteien SPD und Linke im Stadtentwicklungsausschuss ab. Für die Erhaltung der Kleingärten hatte der Landesverband 5700 Unterschriften gesammelt. kt